

Schon wieder versprochen

In ihrem Aufsatz in der *Sueddeutschen Zeitung* zum 1. Mai folgen Frank-Walter Steinmeier und Kurt Beck (SPD) Wirtschaftsminister Glos (CSU) nach und versprechen die Vollbeschäftigung – und dokumentieren damit nur einmal mehr den Niedergang der Sozialdemokratie.

Wenn die zwei designierten Kanzlerkandidaten der SPD zum Tag der Arbeit über die Zukunft derselben einen Aufsatz veröffentlichen, dann ist dies keine Kleinigkeit. Hier geht es schlicht um eine der Kernfragen, die das historische Projekt der Sozialdemokratie stets mit ausgemacht hat und die sie, will sie den Umbruch in eine postindustrielle Gesellschaft überleben, neu beantworten muss. Aber die Antwort, die die beiden um die Führung der SPD ringenden Spitzenvertreter ihrer Flügel gemeinsam noch geben können, ist mehr als ernüchternd. Es ist schon wieder ein Versprechen – durchaus im doppelten Wortsinn zu verstehen.

Die Botschaft lautet, dass nach *New Labour* dank der SPD jetzt *Good Labour* kommen würde – und zwar für alle: „Die Anstrengung hat sich für das Land und die Menschen ausgezahlt. An diesem 1. Mai, nach knapp zehn Jahren sozialdemokratischer Gestaltung in der Bundesregierung, können wir mit einigem Stolz sagen, dass wir die Wende zum Besseren geschafft haben. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf gut 3,5 Millionen gesunken. Wir sehen sogar gute Chancen, in diesem Jahr zum ersten Mal im vereinten Deutschland wieder eine ‚Zwei‘ vor dem Komma zu erreichen. (...) Gestärkt durch die Erfolge, sagen wir jetzt: Wir wollen die Arbeitslosigkeit nicht nur bekämpfen – wir wollen sie besiegen. Unser Ziel für das nächste Jahrzehnt ist: Vollbeschäftigung in Deutschland zu guten Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen.“

Der Wahrheits- und Plausibilitätsgehalt dieser forschen Eigenwerbung ist ungefähr so hoch, wie der Umfragewert der SPD. Laut Forsa liegt dieser derzeit bei 23 Prozent. Machen wir doch einmal eine andere Rechnung auf, benutzen wir die Statistik also nicht als Politikum, sondern verstehen wir sie doch einfach als möglichst präzise Entscheidungsgrundlage für die Politik. Demnach sind laut Bundesregierung von den 2007 durchschnittlich 6,348 Millionen Beziehern von Arbeitslosengeld I (Alg I) und Arbeitslosengeld II (Alg II) 3,135 Millionen (49 Prozent) nicht in der Arbeitslosenstatistik registriert. Dagegen sind insgesamt 3,213 Millionen (51 Prozent) arbeitslos gemeldet gewesen, so die Regierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Außer den Leistungsempfängern habe es noch 686.000 Arbeitslose gegeben, die keine Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung bezogen. Von den durchschnittlich 1,092 Millionen Alg-I-Empfängern im Jahr 2007 seien 26 Prozent nicht in der Arbeitslosenstatistik aufgetaucht - schreibt die Regierung. 225.000 der Alg-I-Bezieher fielen unter die so genannte 58er-Regel, 25.000 der nicht als arbeitslos geführten Personen hätten an einer Trainingsmaßnahme teilgenommen, 26.000 seien arbeitsunfähig erkrankt und 16.000 seien vermindert leistungsfähig gewesen.

Kriterien für die Aufnahme in die Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit sind die Arbeitslosmeldung, die Beschäftigungslosigkeit und die Verfügbarkeit. Danach würden etwa Personen, die arbeitsunfähig erkrankt oder dauerhaft erwerbsgemindert sind, nicht als arbeitslos gezählt, „weil sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen“. Wie aus der Antwort weiter hervorgeht, waren von den im Jahr 2007 durchschnittlich 5,329 Millionen Alg II-Empfängern 2,473 Millionen (46 Prozent) als arbeitslos registriert und 2,856 Millionen (54 Prozent) nicht als arbeitslos registriert. Eine Zuordnung zu bestimmten Gruppen sei bisher statistisch nur annäherungsweise möglich. Zur Gruppe der erwerbstätigen Hilfebedürftigen („Aufstocker“) mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von mehr als 400 Euro zählten demnach 524.000 Personen. Der Gruppe der „Ein-Euro-Jobber“ und Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen wurden demnach 418.000 der als nicht arbeitslos registrierten Alg-II-Bezieher zugeordnet. Ferner seien 484.000 unter-20-

jährige und 312.000 über-58-jährige Alg-II-Empfänger statistisch nicht als arbeitslos geführt worden.

Summa summarum: 8.086.000. Nun mögen es je nach Zählung ein bisschen weniger oder ein bisschen mehr sein. Doch darauf kommt es nicht wirklich an. Worauf es ankommt, ist, dass die Sozialdemokratie den gewaltigen Umbruch unserer Arbeitsgesellschaft schön- und sich dabei gegenwärtig selbst endgültig um Kopf und Kragen redet. Die einzige statistische Zahl, die dem gemäß für Steinmeier und Beck wirklich ein Politikum sein und deren Wahrheitsgehalt sie sehr ernst nehmen sollten, ist die von Forsa ermittelte 23. So hängen weit über hundert Jahre sozialdemokratische Identität und Kampf für menschenwürdige Arbeit in der Industriegesellschaft nunmehr wie ein schwerer Fels am Bein einer SPD, die keinen Schritt vorwärts kommt. Ein Fels, der sie nun im Strudel eines in der Seele der Sozialdemokratie noch nicht angekommen Modernisierungsprozesses mit in den Abgrund zu ziehen droht. Steinmeier und Beck glauben sich an diesem Fels festhalten zu müssen.

Die SPD hat sämtliche linken Diskurse über den postindustriellen Wandel der Arbeit hin zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft glatt verschlafen. Eine Sozialdemokratie aber, die einen falschen Arbeitsbegriff hat, hat gar keinen mehr. Die Partei überaltert folglich, nicht nur demografisch in den Unterbezirken und Ortsverbänden, sondern auch konzeptionell. Die Antwort, die Gerhard Schröder und Tony Blair 1999 (im Schröder-Blair-Papier) mit *New Labour* noch geben konnten, lautete: „Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit.“ Der protestantische Arbeitsethos, von dem einst Max Weber sprach, sitzt tief. Und nachdem mit der Agenda2010 ein guter Teil dieses Programms umgesetzt wurde, lautet die Antwort, die Steinmeier und Beck noch geben können: Mindestlöhne. Dies wirkt nicht nur wie eine nachträgliche Rechtfertigung der erfolgten Teilumwandlung von Massenarbeitslosigkeit in Arbeitsarmut, es ist auch so gedacht.

De facto wird es ohnehin eine Rückumwandlung werden. Dass nämlich die Arbeitgeber in den unteren Segmenten ihre Arbeitnehmer schlichtweg nicht über deren Produktivität entlohnen können, vor dieser ernüchternden ökonomischen Tatsache wird auch der Zweckoptimismus der beiden SPD-Granden nicht lange hinwegtäuschen können. Es sei denn, die Einführung flächendeckender Mindestlöhne würde tatsächlich zu einer massiven Zurückverteilung vom Faktor Kapital zum Faktor Arbeit führen und der verteilungsneutrale Spielraum tatsächlich wieder annähernd erreicht. Wer's glaubt wird selig – und hätte damit der sozialdemokratischen Seele bestenfalls noch ein letzte Schonfrist eingeräumt. Man ist schon fasst versucht, ihnen daher die Worte des leider verstorbenen Peter Glotz hinterher zu rufen: „Zwar war ich nie das, was man in meiner Jugend mit dummem Stolz einen 'Marxisten' genannt hat. Ein Element der marxistischen Lehre habe ich aber immer für richtig gehalten: Es macht keinen Sinn, gegen ökonomische Gesetzmäßigkeiten anzugreifen.“ Stattdessen ist es die von Glotz diagnostizierte „beschleunigte Gesellschaft“, die die Sozialdemokratie gegenwärtig überholt.

Und so warten wir dann weiter auf den ersten Sozialdemokraten seit Willy Brandt mit Format. Auf den ersten, der einen neuen Ethos formuliert und sagt: „Über zwanzig Jahre falsche Versprechen sind genug. Die Zeit der industriegesellschaftlichen Normarbeit für alle ist ein für allemal vorbei. Der Markt nimmt nicht mehr alle zu für uns würdigen Bedingungen in seinem Korb auf. Wir brauchen in dieser Gesellschaft neue Anerkennungs- und Entlohnungsformen für Arbeit. Darum *müssen und können wir mehr Freiheit wagen*, ein Grundeinkommen und einen gemeinwohlorientierten Sektor“.

Robert Zion, 01. Mai 2008

Anhang:

1. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Claudia Winterstein, Dirk Niebel, Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/8131 –

2. Aufsatz von Frank-Walter Steinmeier und Kurt Beck
3. Schröder-Blair-Papier, 1999

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Claudia Winterstein, Dirk Niebel, Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/8131 –**

Anzahl der in der Arbeitslosenstatistik nicht erfassten Arbeitslosen und Leistungen für diesen Personenkreis

Vorbemerkung der Fragesteller

Bestandteil der Nachfolgeregelung zur sog. 58er-Regelung ist, dass ältere Arbeitslose, die innerhalb eines Jahres nicht vermittelt werden konnten, künftig generell aus der Arbeitslosenstatistik herausfallen. Derartige Bereinigungen der Arbeitslosenstatistik wurden auch im Laufe der vergangenen Jahre vorgenommen, sodass es heute verschiedenste Gruppen arbeitsloser erwerbsfähiger Personen gibt, die zwar Leistungen beziehen, jedoch in der Arbeitslosenstatistik nicht erfasst werden, beispielsweise ALG-I-Bezieher in einer Trainingsmaßnahme oder ALG-II-Bezieher in einer Arbeitsgelegenheit („Ein-Euro-Job“). Ein Gesamtüberblick über die verschiedenen derzeit aus der Statistik ausgegliederten Personengruppen fehlt jedoch.

1. Wie viele Personen bezogen im Jahr 2007 bzw. 2006 Arbeitslosengeld I, ohne als arbeitslos zu gelten?
2. Auf welche Gruppen lassen sich diese Personen aufteilen, und wie groß sind die jeweiligen Gruppen?
3. Wann, aufgrund welcher Regelung, und mit welcher Begründung wurden diese Personengruppen aus der Arbeitslosenstatistik herausgenommen?
4. Welche Ausgaben für Arbeitslosengeld I entfielen 2007 bzw. 2006 auf jede dieser Gruppen?

Differenzierte Auswertungen zu Arbeitslosengeldbeziehern nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB) und ihrem Arbeitslosenstatus liegen bis November 2007 vor. Für das Jahr 2007 wird deshalb hilfswise ein Jahresfortschrittswert für Januar bis November 2007 berechnet. Danach waren von Januar bis November 2007 durchschnittlich 1 092 000 Arbeitslosengeldbezieher regist-

riert. Von ihnen waren 806 000 oder 74 Prozent als arbeitslos und 286 000 oder 26 Prozent nicht als arbeitslos geführt.

Die nicht als arbeitslos gezählten Arbeitslosengeldbezieher lassen sich in folgende Gruppen unterteilen (Mehrfachnennungen sind möglich):

- 225 000 Arbeitslosengeldbezieher, die Arbeitslosengeld unter erleichterten Voraussetzungen des § 428 SGB III bezogen,
- 25 000 Arbeitslosengeldbezieher, die an einer Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahme (kurz: Trainingsmaßnahme) teilnahmen,
- 26 000 Arbeitslosengeldbezieher, die arbeitsunfähig erkrankt waren und nach § 126 SGB III weiterhin Leistungen bezogen und
- 16 000 Arbeitslosengeldbezieher nach § 125 SGB III, die wegen verminderter Leistungsfähigkeit dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung standen und einen Antrag auf Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder zur Teilhabe am Arbeitsleben gestellt haben.

Tabelle 1:

Bezug von Arbeitslosengeld* und Arbeitslosigkeit		
Deutschland	2007	2006
	Durchschnitt Jan.-Nov.	Jahres- durchschnitt
Arbeitslosengeld-Empfänger	1.091.589	1.445.224
<i>davon:</i>		
arbeitslose Arbeitslosengeld-Empfänger	806.062	1.123.095
nicht-arbeitslose Arbeitslosengeld-Empfänger	285.527	322.130
<i>davon**:</i>		
Minderung der Leistungsfähigkeit (§ 125 SGB III)	16.026	15.941
Leistungsfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit (§ 126 SGB III)	26.092	28.618
Inanspruchnahme von § 428 SGB III	225.178	255.518
Trainingsmaßnahme	24.697	28.015

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

* ohne Arbeitslosengeld Weiterbildung

** Mehrfachnennungen möglich

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zählt Personen als arbeitslos, die sich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende arbeitslos gemeldet haben, keine Arbeit haben (oder eine mit weniger als 15 Stunden pro Woche), eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung suchen, für die Arbeitsaufnahme sofort verfügbar sind und zwischen 15 und unter 65 Jahre alt sind. Mit der Einführung des SGB III im Jahr 1998 wurde diese allgemeine Definition der Arbeitslosigkeit im zweiten Abschnitt des ersten Kapitels in § 16 festgeschrieben, weitere Detaillierungen finden sich in den § 117 ff. SGB III mit Bezug auf die Anspruchsvoraussetzungen für Arbeitslosengeld. Im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) wurde der Arbeitslosenbegriff zunächst eng bestimmt als Beschäftigungslosigkeit, dann aber in weiteren Paragraphen um Vorschriften zur objektiven und subjektiven Verfügbarkeit erweitert. Die statistische Erfassung von Arbeitslosigkeit hat sich unter der Geltung des AFG und des SGB III immer an den Kriterien der Arbeitslosmeldung, der Beschäftigungslosigkeit und der (objektiven und subjektiven) Verfügbarkeit orientiert.

Danach werden Personen, die arbeitsunfähig erkrankt oder dauerhaft erwerbsgemindert sind, nicht als arbeitslos gezählt, weil sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen; es fehlt die objektive Verfügbarkeit. Die gesetzlichen Regelungen der § 125 (Nahtlosigkeitsregelung) und § 126 SGB III (Leistungsfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit) wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1981 als § 105a und § 105b in das AFG eingeführt. Dabei handelte es sich um leistungsrechtlich motivierte Veränderungen, deren Zweck darin besteht, den Arbeitslosengeldbezug aus sozialpolitischen Gründen auch dann zu ermöglichen, wenn das aktuell verwirklichte Risiko (voraussichtlich) der Renten- oder Krankenversicherung zuzuordnen wäre. Die Rechtsänderungen hatten keine Auswirkungen auf den Arbeitslosenstatus, da solche Personen auch vor der Gesetzesänderung wegen fehlender Verfügbarkeit nicht als arbeitslos gezählt wurden.

Personen, die Arbeitslosengeld nach § 428 SGB III erhalten, zählen nicht als arbeitslos, weil sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Es fehlt die subjektive Verfügbarkeit bzw. die aktive Arbeitsuche, denn nach dieser Regelung haben Arbeitnehmer, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, auch dann Anspruch auf Arbeitslosengeld, wenn sie nicht arbeitsbereit sind und nicht alle Möglichkeiten nutzen wollen, um ihre Beschäftigungslosigkeit zu beenden. Diese Regelung wurde 1986 als § 105c in das AFG eingeführt.

Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen zählen nicht als arbeitslos, weil sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Seit Januar 2004 ist in § 16 SGB III ausdrücklich klargestellt, dass Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik prinzipiell nicht als arbeitslos gelten. Zuvor wurden Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen als arbeitslos geführt. Mit der Gesetzesänderung werden sie ebenso behandelt wie andere Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen.

Im Jahr 2006 wurden rund 22,9 Mrd. Euro und im Jahr 2007 rund 16,9 Mrd. Euro für Arbeitslosengeld (ohne Arbeitslosengeld Weiterbildung) ausgegeben. Eine Aufteilung der Ausgaben für Arbeitslosengeld auf die oben genannten Gruppen ist nicht möglich. In einer groben Näherung können die Anteile dieser Gruppen an den Leistungsbezieherbestandszahlen als Richtwert für die Anteile an den Ausgaben herangezogen werden.

5. Wie viele Personen bezogen im Jahr 2007 bzw. 2006 Arbeitslosengeld II, ohne als arbeitslos zu gelten?
6. Auf welche Gruppen lassen sich diese Personen aufteilen, und wie groß sind die jeweiligen Gruppen?
7. Wann, aufgrund welcher Regelung, und mit welcher Begründung wurden diese Personengruppen aus der Arbeitslosenstatistik herausgenommen?
8. Welche Ausgaben für Arbeitslosengeld II entfielen 2007 bzw. 2006 auf jede dieser Gruppen?

Differenzierte Auswertungen zu erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in der Grundversicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld-II-Bezieher) und ihrem Arbeitslosenstatus liegen bis September 2007 vor. Für das Jahr 2007 wird deshalb hilfsweise der Jahresfortschrittswert von Januar bis September 2007 berechnet. Danach waren im Jahresverlauf 2007 durchschnittlich 5 329 000 erwerbsfähige Hilfebedürftige registriert. Von ihnen waren 2 473 000 oder 46 Prozent als arbeitslos und 2 856 000 oder 54 Prozent nicht als arbeitslos geführt.

Tabelle 2:

Bezug von Arbeitslosengeld II und Arbeitslosigkeit		
Deutschland	2007	2006
	Durchschnitt Jan.-Sept.	Jahres- durchschnitt
Arbeitslosengeld II-Empfänger (erwerbsfähige Hilfebedürftige)	5.328.844	5.392.166
<i>davon*:</i>		
arbeitslose Arbeitslosengeld II-Empfänger	2.473.188	2.685.391
nicht-arbeitslose Arbeitslosengeld II-Empfänger	2.855.656	2.706.775
<i>darunter**:</i>		
in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen***	417.544	404.503
mit Brutto-Einkommen von > 400 Euro	524.211	.
58 Jahre und älter	311.696	265.255
unter 20 Jahren alt	483.616	491.999
<i>ergänzend****</i>		
Bedarfsgemeinschaft mit Kind unter 3 Jahren	417.324	407.243
Bedarfsgemeinschaft mit Kind unter 7 Jahren	749.460	742.029

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

* Hochrechnung auf Basis von Daten aus A2LL

** Mehrfachnennungen möglich

*** Förderstatistik: Qualifizierungsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandvariante

**** Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 3 bzw. 7 Jahren

Zur Zahl der erwerbstätigen Arbeitslosengeld II-Bezieher liegt für das Jahr 2006 keine vergleichbare Zahl vor.

Die nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (Arbeitslosengeld-II-Bezieher) lassen sich in drei Gruppen unterteilen. Allerdings ist die Zuordnung bisher statistisch nur näherungsweise möglich, die genaue Zuordnung im Rahmen eines standardisierten statistischen Berichtssystems wird im Laufe des Jahres 2008 realisiert:

Die erste Gruppe sind erwerbstätige Arbeitslosengeld-II-Bezieher, deren Einkommen nicht ausreicht, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Im Rahmen der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende wird u. a. über das Einkommen der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen berichtet. Zwischen den Berichtsmonaten September 2005 und Januar 2007 standen aus dieser Statistik aufgrund der Änderung der gesetzlichen Freibetragsregelung keine Daten für Auswertungen über die Zahl der Aufstocker zur Verfügung. Erst für den Berichtsmonat Januar 2007 sind wieder regelmäßig zuverlässige Auswertungen zu Einkommen aus Erwerbstätigkeit von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende möglich, die allerdings wegen der notwendigen statistischen Plausibilitätsprüfungen stets erst mit Zeitverzögerung verfügbar sind. Diese Informationen, die direkt aus dem Fachverfahren A2LL ermittelt werden, geben die Zahl der Hilfebedürftigen mit Erwerbseinkommen (Aufstocker) am verlässlichsten wieder.

Von September 2005 bis Ende letzten Jahres wurde aufgrund des fachlichen und politischen Bedarfes an Informationen über die Zahl der Aufstocker auf die integrierte Auswertung von Beschäftigten- und Grundsicherungsstatistik zurückgegriffen. Da in beiden Statistiken identische Kundennummern verwendet werden, ist es möglich, weiterführende Informationen über die Struktur der Beschäftigten mit Leistungen aus der Grundsicherung zu gewinnen. Die integrierte Auswertung erfolgt nach einer 6-monatigen Wartezeit.

Somit gibt es bisher zwei Methoden zur Erfassung der Einkommensaufstocker in der Grundsicherung, auf die je nach Fragestellung zurückgegriffen werden muss:

1. Die integrierte Auswertung war lange Zeit die einzige Quelle, wenn es um die Entwicklung der Zahl der Aufstocker ging. Auch aktuell wird man diese, trotz der erhöhten Fallzahlen, für Zeitreihen und vertiefende Strukturinformationen weiterführen müssen.
2. Für Aussagen zur Gesamtzahl der Aufstocker an einem bestimmten Stichtag liefert die Grundsicherungsstatistik präzisere Ergebnisse. Aus der integrierten Auswertung sollten lediglich ergänzende Informationen (Strukturdaten) ermittelt werden.

Die Zahl der erwerbstätigen Leistungsbezieher, die sich aus der Grundsicherungsstatistik der BA ergibt, wird in Tabelle 2 dargestellt. Demnach gab es zwischen Januar und September 2007 durchschnittlich 524 000 erwerbsfähige Hilfebedürftige mit einem Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit von über 400 Euro. Zwischen Januar 2007 und September 2007 stiegen die Fälle, die neben dem Leistungsbezug noch über zu berücksichtigendes Einkommen aus Erwerbstätigkeit verfügten, von rd. 1,093 Mio. auf rd. 1,278 Mio. an. Dies entspricht einer Steigerung um weitere rd. 17 Prozent. Knapp unter der Hälfte aller erwerbstätigen Leistungsbezieher bezog ein Bruttoeinkommen von über 400 Euro.

Die Zahl der „Aufstocker“ auf Basis der integrierten Auswertung der Beschäftigungs- und Grundsicherungsstatistik stieg von Januar 2007 bis einschließlich Mai 2007 von 1,278 Millionen auf 1,360 Millionen Personen an (+6 Prozent). Der Zuwachs fiel etwas geringer aus als auf Basis der Grundsicherungsstatistik. Nach der integrierten Auswertung befinden sich lediglich 45 Prozent aller Einkommensaufstocker in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis; 55 Prozent sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Das waren im Mai 2007 rund 758 000 Personen. Dieser scheinbare Widerspruch zu den Ergebnissen der Grundsicherungsstatistik lässt sich dadurch erklären, dass in die Grundsicherungsstatistik jegliches Erwerbseinkommen größer 0 Euro einfließt, ohne dass es sich um eine regelmäßige geringfügige Beschäftigung handeln muss (Beispiel: unregelmäßige Nebenjobs oder Selbständigkeit).

Die zweite Gruppe sind Teilnehmer an Maßnahmen der Arbeitsförderung, die weiter Leistungen aus der Grundsicherung beziehen. Dazu gehörten von Januar bis September 2007 durchschnittlich 418 000 Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante und Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen.

Die dritte Gruppe sind erwerbsfähige Hilfebedürftige, die aus unterschiedlichen Gründen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. So werden erwerbsfähige Hilfebedürftige nicht als arbeitslos geführt, wenn sie die Schule besuchen, Kinder bzw. pflegebedürftige Angehörige betreuen, krank sind oder die Regelung des § 428 SGB III in Verbindung mit § 65 Abs. 4 SGB II in Anspruch nehmen. Bis September 2007 gab es durchschnittlich 484 000 erwerbsfähige Hilfebedürftige, die jünger als 20 Jahre und 312 000 erwerbsfähige Hilfebedürftige, die 58 Jahre und älter und nicht arbeitslos waren. Gleichzeitig waren 749 000 Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem Kind unter sieben Jahren registriert.

Die Definition der Arbeitslosigkeit hat sich durch die Einführung des SGB II nicht geändert. Für Leistungsbezieher nach dem SGB II findet die Definition nach dem SGB III Anwendung; dies stellt der soeben verabschiedete § 53a Abs. 1 SGB II klar. Danach ist arbeitslos, wer keine Beschäftigung hat (weniger als 15 Wochenstunden), Arbeit sucht und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Wer also arbeitsunfähig ist, zur Schule geht, an einer Arbeitsförderungsmaßnahme teilnimmt, Kinder oder Angehörige betreuen muss oder die Rege-

lung des § 428 SGB III in Verbindung mit § 65 SGB II in Anspruch nimmt, zählt nicht als arbeitslos. In § 10 des SGB II ist geregelt, unter welchen Bedingungen Arbeit zumutbar bzw. nicht zumutbar ist.

Im Jahr 2006 wurden in Arbeitsgemeinschaften und in getrennter Trägerschaft (also ohne zugelassene kommunale Träger) rund 35,1 Mrd. Euro und 2007 rund 31,8 Mrd. Euro für passive Geldleistungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende für erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige ausgegeben. Eine Aufteilung dieser Ausgaben auf nicht erwerbsfähige und nicht arbeitslose erwerbsfähige Hilfebedürftige einerseits und arbeitslose erwerbsfähige Hilfebedürftige andererseits ist nicht möglich, da Personenmerkmale für den Zahlungsverkehr nicht von Bedeutung sind. Sie hat auch keine Aussagekraft und ist nicht vergleichbar mit einer entsprechenden Relation in der Arbeitslosenversicherung. Während Arbeitslosengeldbezieher als einzelne Personen (ohne Partner und Kinder) mit Ansprüchen an die Arbeitslosenversicherung erfasst werden, werden in der Grundsicherung alle Personen einer Bedarfsgemeinschaft als Hilfebedürftige berücksichtigt.

9. Wird sich der aufgrund der bisherigen 58er-Regelung nicht erfasste Personenkreis aufgrund der jetzt geltenden Nachfolgeregelung erhöhen, und mit welchen Zahlen rechnet die Bundesregierung dann für diese Gruppe?

Das Auslaufen der bisherigen 58er-Regelung zum 31. Dezember 2007 wird zu einer schrittweisen Ausweitung der als arbeitslos erfassten Personen von 58 Jahren und älter führen. Alle Personen, die sich ab dem 1. Januar 2008 arbeitslos melden und die Voraussetzungen zur Arbeitslosigkeit nach § 16 SGB III erfüllen, werden als registrierte Arbeitslose erfasst, auch wenn sie das 58. Lebensjahr vollendet haben. Die Zahl der älteren Arbeitslosen wird sich jeweils gemessen an den bisherigen Prognosen durch das Auslaufen der 58er-Regelung im Jahresdurchschnitt 2008 schätzungsweise um 75 000 zusätzliche ältere Arbeitslose und im Jahr 2009 um schätzungsweise 150 000 zusätzliche Arbeitslose erhöhen. In gleichem Maße wird sich die Zahl der nicht als arbeitslos erfassten Personen verringern. Durch die Nachfolgeregelung des § 53a SGB II wird der Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Rechtskreis SGB II für Ältere ab dem Jahr 2009 begrenzt. Personen, die seit Vollendung ihres 58. Lebensjahres und ab dem 1. Januar 2008 Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende von mindestens 12 Monaten bezogen haben, ohne ein Angebot einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erhalten zu haben, gelten nach § 53a Abs. 2 SGB II für den jeweiligen Leistungsbezug nicht als arbeitslos. Eine belastbare Abschätzung der Auswirkungen im Jahr 2009 ist nicht möglich, da diese von der Art und dem Umfang des Angebots sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung durch die Leistungsträger abhängt. Da jedoch nur eine begrenzte Personengruppe von der Regelung des § 53a SGB II betroffen ist, wird sich die Zahl der insgesamt als nicht arbeitslos erfassten älteren Personen verringern.

10. Welche Gesamtzahl würde die Arbeitslosenstatistik für das Jahr 2007 bzw. 2006 ausweisen, wenn alle derzeit statistisch ausgegliederten Gruppen (siehe Frage 2 und 6) einbezogen würden?

Man kann differenzieren zwischen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern in der Arbeitslosenversicherung und in der Grundsicherung für Arbeitssuchende einerseits und Arbeitslosen andererseits. Beide Größen überschneiden sich in einem großen Bereich, sind aber nicht deckungsgleich. So gab es im Durchschnitt der Monate Januar bis September 2007 durchschnittlich 6 348 000 Leistungsbezieher in den beiden Systemen. Darunter waren 114 000 Personen, die ergänzend zum Arbeitslosengeld auch Arbeitslosengeld II bezogen. Von diesen Leistungs-

beziehen waren insgesamt 3 213 000 oder 51 Prozent arbeitslos gemeldet. 3 135 000 Personen oder 49 Prozent bekamen Leistungen, ohne arbeitslos zu sein. Die Gründe dafür wurden in den Antworten zu den vorherigen Fragen erläutert. Außer den Leistungsempfängern gab es noch 686 000 Arbeitslose, die keine Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung oder der Grundsicherung bezogen. Von allen Arbeitslosen erhielten 82 Prozent Leistungen.

Tabelle 3:

Bezug von Leistungen und Arbeitslosigkeit		
Deutschland	2007	2006
	Durchschnitt Jan.-Sept.	Jahres- durchschnitt
Arbeitslosigkeit	3.899.790	4.487.233
<i>davon:</i>		
arbeitslose Leistungsempfänger	3.213.455	3.683.933
<i>davon:</i>		
Arbeitslosengeld	842.890	1.123.095
Arbeitslosengeld II*	2.473.188	2.685.391
Aufstocker (Arbeitslosengeld + Arbeitslosengeld II)	102.623	124.552
arbeitslose Nicht-Leistungsempfänger	686.335	803.300
Leistungsempfänger insgesamt	6.348.163	6.701.599
<i>davon:</i>		
Arbeitslosengeld	1.133.113	1.445.224
Arbeitslosengeld II (erwerbsfähige Hilfebedürftige)	5.328.844	5.392.166
Aufstocker (Arbeitslosengeld + Arbeitslosengeld II)	113.793	135.791

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

* Die Daten für arbeitslose Arbeitslosengeld II-Empfänger stimmen nicht mit denen der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II überein, wegen zeitverzögerter Erfassung und kurzzeitigen Leistungsunterbrechungen.

29.04.2008 17:06 Uhr

Aufsatz von Beck und Steinmeier

"Arbeitslosigkeit ist das Kernübel"

Duett der Kanzlerkandidaten: Die SPD-Politiker Kurt Beck und Frank-Walter Steinmeier schreiben über ihre Reformpolitik - und deren Preis. *sueddeutsche.de* dokumentiert den Aufsatz im Wortlaut.



Heftige Kritik an Lohndumping:
Außenminister Frank-Walter
Steinmeier (links) und SPD-Chef
Kurt Beck.
Foto: AP

Erinnert sich noch jemand an die Situation unseres Landes am 1. Mai 1998? Die Zahl der Arbeitslosen war auf weit mehr als vier Millionen Menschen gestiegen. In den Sozialkassen klafften tiefe Löcher, und der Bundesfinanzminister hatte im Bundestag die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts erklärt, um Rekordzahlen bei der Neuverschuldung zu begründen.

Selbst Hunderttausende
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen
Ländern verhinderten nicht, dass der DGB-
Vorsitzende Dieter Schulte bei der Mai-
Kundgebung in München feststellte: "Unser Land
ist Europameister im Anstieg der Arbeitslosigkeit."

Wir Sozialdemokraten hatten die konservativ-liberale Regierung von Helmut Kohl wegen ihrer mangelnden Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit immer wieder scharf kritisiert. Unsere Überzeugung gilt bis heute: Arbeitslosigkeit ist das Kernübel, das alle Bereiche unserer Gesellschaft erfasst. Sie vernichtet Lebensmut und Lebensperspektiven. Langzeitarbeitslosigkeit macht einsam und führt in die Armut.

"Die Anstrengung hat sich ausgezahlt"

Darum machte die SPD in der Regierungsverantwortung die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur zentralen Aufgabe. Den Reformstau des Landes zu überwinden, neue Fundamente für wirtschaftliches Wachstum zu legen, die Sicherheit der Sozialsysteme langfristig neu zu begründen, verlangte schmerzhaft Entscheidungen. Die SPD brachte die Kraft auf, eine für das Land und die Menschen langfristig erfolgreiche Politik durchzusetzen - im Wissen darum, dass dies die Erfolgsaussichten unserer Partei vorübergehend beeinträchtigt. Wir hatten den Mut, notwendige Reformen einzuleiten, ohne dabei auf den nächsten Wahltag zu schauen. Mit dem Entstehen der Linkspartei haben wir dafür einen hohen Preis gezahlt.

Aber die Anstrengung hat sich für das Land und die Menschen ausgezahlt. An diesem 1. Mai, nach knapp zehn Jahren sozialdemokratischer Gestaltung in der Bundesregierung, können wir mit einigem Stolz sagen, dass wir die Wende zum Besseren geschafft haben. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf gut 3,5 Millionen gesunken. Wir sehen sogar gute Chancen, in diesem Jahr zum ersten Mal im vereinten Deutschland wieder eine "Zwei" vor dem Komma zu erreichen. Weil so viele Menschen wie noch nie sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, haben sich auch die Sozialkassen wieder solide gefüllt. Im Jahr 2011 wollen wir wieder einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorlegen. Das war zuletzt 1969 der Fall.

Wir Sozialdemokraten waren es, die diese Wende bewirkt haben. Doch die zurückliegenden zehn Jahre sind für uns lediglich die erste Etappe auf dem langen

Weg, die Massenarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen und Sicherheit für die Menschen in einer völlig veränderten Welt zu gewährleisten. Gestärkt durch die Erfolge, sagen wir jetzt: Wir wollen die Arbeitslosigkeit nicht nur bekämpfen - wir wollen sie besiegen. Unser Ziel für das nächste Jahrzehnt ist: Vollbeschäftigung in Deutschland zu guten Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen. Und wir wollen nicht nur, dass jeder Mensch in unserem Land gute Aussichten hat, Arbeit zu finden, sondern auch die realistische Chance auf seinen sozialen Aufstieg erhält.

Wir sind überzeugt, dass wir dieses Ziel mittel- und langfristig erreichen können. Mit einer Politik, die entschlossen auf Innovation und Wachstum setzt, die konsequent die Chancen der Globalisierung nutzt und im Binnenmarkt neue Dienstleistungen fördert.

Die weltweite Arbeitsteilung und die Globalisierung der Finanzmärkte haben überall auf der Welt bislang ungekannte Kräfte entfesselt. Zurzeit leben etwa 1,5 Milliarden Menschen in entwickelten Gesellschaften. Schon in einer Generation werden es aber 4 Milliarden Menschen sein. Der Welthandel wird sich in den nächsten 25 Jahren, im Vergleich zu heute, noch einmal verdoppeln. Vorübergehende wirtschaftliche Eintrübungen, wie wir sie derzeit erleben, werden diese Entwicklung höchstens vorübergehend verlangsamen. Wir Sozialdemokraten wollen, dass unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier, im Land des Exportweltmeisters, an diesem globalen Aufschwung teilhaben.

Dabei geht es nicht nur um ökonomische Chancen. Zugleich müssen wir uns der Verantwortung für die ökologischen Folgen des bevorstehenden, geschichtlich einmaligen Wachstumsprozesses stellen. Damit wir unseren Planeten Erde nicht überfordern, brauchen wir so rasch wie möglich moderne, umweltfreundliche Produkte zu bezahlbaren Preisen, die wir bei uns ganz wesentlich mitentwickeln und herstellen. Umweltfreundliche Energien; Maschinen, die mit weniger Energie auskommen; Produkte aus neuen Materialien statt aus teuren Rohstoffen - das sind unsere großen Zukunftschancen für sichere und zusätzliche Arbeitsplätze.

"Es geht nicht nur um ökonomische Chancen"

Die Produktion von Sonnenkollektoren und Windrädern, wirtschaftliche Erfolgsgeschichten dieses Jahrzehnts in Deutschland, zeigen dies schon heute. Wir setzen auf weitere Fortschritte in der Optik, der Mikro-, Bio- und Nanotechnologie. Wir wollen eine starke Industrie und innovative mittelständische Unternehmen. Aber wir richten den Blick auch auf die Beschäftigungspotentiale in der Kreativwirtschaft, die inzwischen eine ähnliche Wertschöpfung erzielt wie etwa die Chemiebranche. Und wenn immer mehr Menschen bewusst gesund leben und älter werden, werden Gesundheitsdienstleistungen in Zukunft noch stärker gefragt sein.

Einen Schlüssel für mehr Beschäftigung, auch für Menschen ohne Hochschulabschluss, sehen wir im Bereich Verkehr und Logistik. Wir müssen dafür sorgen, dass unser Land zu einer Drehscheibe für den weltweiten Güterumschlag wird. So können wir vom wachsenden Welthandel direkt profitieren. Die Eröffnung des DHL-Drehkreuzes am Flughafen Leipzig Ende Mai, das 3500 Arbeitsplätze schafft, ist dafür ein sichtbares Zeichen.

Beträchtliche Entwicklungsmöglichkeiten bietet auch der Schienenverkehr. Mit der Entscheidung für die Bahnreform haben wir dafür die richtigen Weichen gestellt. Sie schafft langfristige Sicherheit für die Bahnkunden, für die Beschäftigten der Bahn und konkrete Perspektiven für zusätzliche Arbeitsplätze. Denn das private Kapital wird verwendet, um Bahnhöfe zu sanieren, Lärmschutzwände aufzustellen und um neue Loks und Waggonen anzuschaffen.

Lesen Sie auf der nächsten Seite, was für Beck und Steinmeier "gute Arbeit" heißt...

Jeder Arbeitsplatz, der neu entsteht, ist im Übrigen nicht nur ein Gewinn für die Menschen, die der Arbeitslosigkeit entkommen. Politik für mehr Beschäftigung nützt auch den Leistungsträgern unserer Gesellschaft, denen wir Sozialdemokraten uns verpflichtet fühlen - von der Krankenschwester über die Facharbeiter und Angestellten bis zu verantwortlich denkenden Unternehmern.

Weil die Arbeitslosigkeit gesunken ist, haben sich ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung schon jetzt deutlich verringert. 250 Euro netto pro Jahr in der Tasche eines Durchschnittsverdieners sind noch nicht genug. Aber das Beispiel zeigt, dass unsere Richtung stimmt. Für Sozialdemokraten steht im Mittelpunkt der Wirtschaft immer der Mensch. Darum ist der Grundsatz "Gute Arbeit" Kompass unserer Politik. Gute Arbeit bedeutet: Wer eine Vollzeitbeschäftigung hat, muss von dem Lohn dieser Arbeit leben können.

"Leiharbeit darf nicht für Lohndumping missbraucht werden"

Darum kämpfen wir mit den Gewerkschaften für branchenspezifische Mindestlöhne und für einen gesetzlichen Mindestlohn. Gute Arbeit bedeutet auch: Leiharbeit darf nicht für Lohndumping oder Tariffucht missbraucht werden, sondern muss auf die Bewältigung von Auftragsspitzen beschränkt sein und als Brücke in den regulären Arbeitsmarkt dienen. Gute Arbeit heißt: strukturelle Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern überwinden, mehr reguläre Arbeitsverhältnisse aus prekären Jobs schaffen, Mitbestimmung in den Betrieben erhalten, Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern fördern.

"Gute Arbeit" liegt im Eigeninteresse langfristig und weitsichtig denkender Unternehmen. Ihr wichtigstes Kapital sind gut qualifizierte, motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unternehmen in Branchen, in denen es bereits an Fachkräften mangelt - beispielsweise im Maschinenbau - richten ihre Strategien bereits nach dieser Logik aus. Dort steigen die Löhne, werden ältere Arbeitnehmer wieder geschätzt oder sogar neu eingestellt; und dort erhalten Mütter und Väter Möglichkeiten, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

In Branchen und Regionen ohne Bewerbermangel und ohne tarifliche Absicherung - gerade im Bereich der Geringqualifizierten - erfahren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diese Behandlung häufig nicht. Langjährige prekäre Arbeitsverhältnisse gefährden auch die Absicherung für das Alter. Darum stellen wir Sozialdemokraten uns der Verantwortung, Voraussetzungen für "gute Arbeit" zu schaffen - mit neuen Modellen für längere Erwerbstätigkeit und gleitende Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente. Unser Grundsatz lautet: Wer länger arbeitet, muss davon im Alter auch profitieren.

"Aus dem Mangel an Arbeitsplätzen wird ein Mangel an Fachkräften"

Die Lohn- und Gehaltsrunden dieses Jahres haben gezeigt: Die erfolgreiche Politik für wirtschaftliche Dynamik und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zahlt sich in vielen Teilen der Wirtschaft aus. Sie schafft finanzielle Spielräume zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir arbeiten dafür, dass dieser Trend sich verstärkt. Je weiter die Arbeitslosigkeit sinkt, je knapper gut qualifizierte Fachkräfte werden, desto größer wird auch die Zahl der Unternehmen, die zufriedene Mitarbeiter als zentralen Baustein ihrer Wettbewerbsfähigkeit erkennen.

Im Jahre 2008 können wir feststellen: Deutschland geht die Arbeit nicht aus. Aber die Arbeit der Zukunft wird zu einem weit größeren Anteil hohe Anforderungen an gut ausgebildete Menschen stellen. Weil viele gut qualifizierte Ältere in den kommenden Jahren in den verdienten Ruhestand gehen und deutlich weniger Jüngere nachrücken, bedeutet dies: Gut qualifizierte Fachkräfte werden in Teilen der Wirtschaft bald dringend gesucht. Aus dem Mangel an Arbeitsplätzen wird ein Mangel an Fachkräften.

Zu einer strategischen Politik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung gehört deshalb

eine umfassende Bildungs- und Qualifizierungsoffensive. Wir wollen eine Renaissance der sozialdemokratischen Bildungspolitik der 70er Jahre, als unzählige Kinder aus Arbeiterfamilien zum ersten Mal zum Gymnasium gehen und studieren konnten. Jetzt müssen wir wieder dafür sorgen, dass weitaus mehr Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen das Abitur machen und eine Universität besuchen. Dies ist eine Schlüsselaufgabe sozialdemokratischer Politik und der ganzen Gesellschaft - weit über die ökonomischen Aspekte hinaus.

Denn nur wenn die Chance auf sozialen Aufstieg endlich wieder konkret möglich und erlebbar wird, können wir den sozialen Zusammenhalt unseres Landes dauerhaft sichern. Herkunft und Stadtviertel dürfen keine Sperre in die höheren Etagen der Gesellschaft sein. Das gilt insbesondere auch mit Blick auf den wachsenden Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund. Viele von ihnen haben keinen Schulabschluss, keine Ausbildung - und sind damit verurteilt, ein Leben in prekärer Arbeit als Geringverdiener zu führen. Integration gelingt, wenn talentierte Kinder von türkischen oder bosnischen Eltern in unseren Unternehmen endlich auch Prokurist statt Hilfsarbeiter werden können, wenn sie auch Präsident einer Behörde werden können und nicht in erster Linie als Hausmeister oder in der Kantine arbeiten.

"Deutschland hat eine bessere Zukunft als viele glauben"

Das erfordert eine Vielzahl zusätzlicher Schritte - zweisprachige Erzieherinnen und Erzieher im Kindergarten, mehr Förderlehrer in der Grundschule, guten Nachmittagsunterricht in Ganztagschulen, aber auch die Wiedereinführung des Schüler-Bafög und das Recht auf ein gebührenfreies Erststudium. Der soziale Aufstieg dieser Kinder entscheidet auch über die langfristige Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme. Wenn möglichst viele Kinder, die heute aufwachsen, im Jahr 2025 als Ingenieure und IT-Spezialisten zu hohen Löhnen arbeiten, stärkt das auch die Sicherheit staatlicher und beitragsfinanzierter Leistungen.

Auch unsere Angebote für mehr Ganztagsbetreuung von Kindern sind Teil einer großen Beschäftigungsstrategie. Denn sie erleichtern konkret die Erwerbsmöglichkeiten von Frauen. Gerade alleinerziehende Frauen, die zu der Gruppe mit dem höchsten latenten Armutsrisiko gehören, können auf diese Weise ein Einkommen erarbeiten und ihre Absicherung für das Alter verbessern. Der technische Wandel verlangt aber auch von den aktiven Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Möglichkeiten und Bereitschaft zu Weiterbildung und Qualifikation - eine Aufgabe für die Tarifpartner, aber auch für uns Sozialdemokraten in gestaltender Verantwortung.

Deutschland hat eine bessere Zukunft, als viele von uns glauben. Mit einer klaren Politik können wir die Chancen nutzen, die vor uns liegen. Vertrauen wir miteinander wieder auf unsere Kraft! Die Sozialdemokratie steht bereit für eine Politik, die die Massenarbeitslosigkeit besiegt, die Sicherheit für die Menschen und inneren Frieden für unser Land schafft.

(SZ vom 30.04.2008/cag)

[Artikel drucken](#) | [Fenster schließen](#)

Copyright © sueddeutsche.de GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH
Artikel der Süddeutschen Zeitung lizenziert durch DIZ München GmbH. Weitere Lizenzierungen exklusiv über www.diz-muenchen.de

1999-06-08

Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten

Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair (London, 8. Juni 1999)

In fast allen Ländern der Europäischen Union regieren Sozialdemokraten. Die Sozialdemokratie hat neue Zustimmung gefunden - aber nur, weil sie glaubwürdig begonnen hat, auf der Basis ihrer alten Werte ihre Zukunftsentwürfe zu erneuern und ihre Konzepte zu modernisieren. Sie hat neue Zustimmung auch gewonnen, weil sie nicht nur für soziale Gerechtigkeit, sondern auch für wirtschaftliche Dynamisierung und für die Freisetzung von Kreativität und Innovation steht.

Markenzeichen dafür ist die "Neue Mitte" in Deutschland, der "Dritte Weg" im Vereinigten Königreich. Andere Sozialdemokraten wählen andere Begriffe, die zu ihrer eigenen politischen Kultur passen. Mögen Sprache und Institutionen sich unterscheiden: Die Motivation ist die gleiche. Die meisten Menschen teilen ihre Weltsicht längst nicht mehr nach dem Dogma von Links und Rechts ein. Die Sozialdemokraten müssen die Sprache dieser Menschen sprechen.

Fairneß, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung für andere: diese Werte sind zeitlos. Die Sozialdemokratie wird sie nie preisgeben. Um diese Werte für die heutigen Herausforderungen relevant zu machen, bedarf es realistischer und vorausschauender Politik, die in der Lage ist, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu erkennen. Modernisierung der Politik bedeutet nicht, auf Meinungsumfragen zu reagieren, sondern es bedeutet, sich an objektiv veränderte Bedingungen anzupassen.

Wir müssen unsere Politik in einem neuen, auf den heutigen Stand gebrachten wirtschaftlichen Rahmen betreiben, innerhalb dessen der Staat die Wirtschaft nach Kräften fördert, sich aber nie als Ersatz für die Wirtschaft betrachtet. Die Steuerungsfunktion von Märkten muß durch die Politik ergänzt und verbessert, nicht aber behindert werden. Wir unterstützen eine Marktwirtschaft, nicht aber eine Marktgesellschaft!

Wir teilen ein gemeinsames Schicksal in der Europäischen Union. Wir stehen den gleichen Herausforderungen gegenüber: Arbeitsplätze und Wohlstand fördern, jedem einzelnen Individuum die Möglichkeit bieten, seine eigenen Potentiale zu entwickeln, soziale Ausgrenzung und Armut bekämpfen; materiellen Fortschritt, ökologische Nachhaltigkeit und unsere Verantwortung für zukünftige Generationen miteinander vereinbaren; Probleme wie Drogen und Kriminalität, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaften bedrohen, wirksam bekämpfen und Europa zu einem attraktiven Modell in der Welt machen.

Wir müssen unsere Politik stärken, indem wir unsere Erfahrungen zwischen Großbritannien und Deutschland austauschen, aber auch mit den Gleichgesinnten in Europa und der übrigen Welt. Wir müssen voneinander lernen und uns an der besten Praxis und Erfahrung in anderen Ländern messen. Mit diesem Appell wollen wir die anderen sozialdemokratisch geführten Regierungen Europas, die unsere Modernisierungsziele teilen, einladen, sich an unserer Diskussion zu beteiligen.

I.

Aus Erfahrung lernen

Obgleich Sozialdemokraten und Labour Party eindrucksvoll historische Errungenschaften vorweisen können, müssen wir heute realitätstaugliche Antworten auf neue Herausforderungen in Gesellschaft und Ökonomie entwickeln. Dies erfordert Treue zu unseren Werten, aber Bereitschaft zum Wandel der alten Mittel und traditionellen Instrumente.

In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt. Letztlich wurde damit die Bedeutung von eigener Anstrengung und Verantwortung ignoriert und nicht belohnt und die soziale Demokratie mit Konformität und Mittelmäßigkeit verbunden statt mit Kreativität, Diversität und herausragender Leistung. Einseitig wurde die Arbeit immer höher mit Kosten belastet.

Der Weg zur sozialen Gerechtigkeit war mit immer höheren öffentlichen Ausgaben gepflastert, ohne Rücksicht auf Ergebnisse oder die Wirkung der hohen Steuerlast auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung oder private Ausgaben. Qualitätvolle soziale Dienstleistungen sind ein zentrales Anliegen der Sozialdemokraten, aber soziale Gerechtigkeit läßt sich nicht an der Höhe der öffentlichen Ausgaben messen. Der wirkliche Test für die Gesellschaft ist, wie effizient diese Ausgaben genutzt werden und inwieweit sie die Menschen in die Lage versetzen, sich selbst zu helfen.

Die Ansicht, daß der Staat schädliches Marktversagen korrigieren müsse, führte allzu oft zur überproportionalen Ausweitung von Verwaltung und Bürokratie, im Rahmen sozialdemokratischer Politik. Wir haben Werte, die den Bürgern wichtig sind - wie persönliche Leistung und Erfolg, Unternehmergeist, Eigenverantwortung und Gemeinsinn - zu häufig zurückgestellt hinter universelles Sicherungsstreben.

Allzu oft wurden Rechte höher bewertet als Pflichten. Aber die Verantwortung des einzelnen in Familie, Nachbarschaft und Gesellschaft kann nicht an den Staat delegiert werden. Geht der Gedanke der gegenseitigen Verantwortung verloren, so führt dies zum Verfall des Gemeinsinns, zu mangelnder Verantwortung gegenüber Nachbarn, zu steigender Kriminalität und Vandalismus und einer Überlastung des Rechtssystems.

Die Fähigkeit der nationalen Politik zur Feinsteuerung der Wirtschaft hinsichtlich der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen wurde über-, die Bedeutung des einzelnen und der Wirtschaft bei der Schaffung von Wohlstand unterschätzt. Die Schwächen der Märkte wurden über-, ihre Stärken unterschätzt.

II.

Neue Konzepte für veränderte Realitäten

Das Verständnis dessen, was "links" ist, darf nicht ideologisch einengen.

Die Politik der Neuen Mitte und des Dritten Weges richtet sich an den Problemen der Menschen aus, die mit dem raschen Wandel der Gesellschaften leben und zurecht kommen müssen. In dieser neu entstehenden Welt wollen die Menschen Politiker, die Fragen ohne ideologische Vorbedingungen angehen und unter Anwendung ihrer Werte und Prinzipien nach praktischen Lösungen für ihre Probleme suchen, mit Hilfe aufrichtiger, wohl konstruierter und pragmatischer Politik. Wähler, die in ihrem täglichen Leben Initiative und Anpassungsfähigkeit im Hinblick auf die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen beweisen müssen, erwarten das gleiche von ihren Regierungen und ihren Politikern. In einer Welt immer rascherer Globalisierung und wissenschaftlicher Veränderungen müssen wir Bedingungen schaffen, in denen bestehende Unternehmen prosperieren und sich entwickeln und neue Unternehmen entstehen und wachsen können.

Neue Technologien ziehen radikale Veränderungen der Arbeit sowie eine Internationalisierung der Produktion nach sich. Einerseits führen sie dazu, daß Fertigkeiten verloren gehen und einige Wirtschaftszweige schrumpfen, andererseits fördern sie die Entstehung neuer Unternehmen und Tätigkeiten. Daher besteht die wichtigste Aufgabe der Modernisierung darin, in Humankapital zu investieren, um sowohl den einzelnen als auch die Unternehmen auf die wissensgestützte

Wirtschaft der Zukunft vorzubereiten.

Ein einziger Arbeitsplatz fürs ganze Leben ist Vergangenheit. Sozialdemokraten müssen den wachsenden Anforderungen an die Flexibilität gerecht werden und gleichzeitig soziale Mindestnormen aufrechterhalten, Familien bei der Bewältigung des Wandels helfen und Chancen für die eröffnen, die nicht Schritt halten können.

Wir stehen zunehmend vor der Herausforderung, umweltpolitische Verantwortung gegenüber künftigen Generationen mit materiellem Fortschritt für die Breite der Gesellschaft zu vereinbaren. Wir müssen Verantwortung für die Umwelt mit einem modernen, marktwirtschaftlichen Ansatz verbinden. Was den Umweltschutz angeht, so verbrauchen die neuesten Technologien weniger Ressourcen, eröffnen neue Märkte und schaffen Arbeitsplätze.

Die Höhe der Staatsausgaben hat trotz einiger Unterschiede mehr oder weniger die Grenzen der Akzeptanz erreicht. Die notwendige Kürzung der staatlichen Ausgaben erfordert eine radikale Modernisierung des öffentlichen Sektors und eine Leistungssteigerung und Strukturreform der öffentlichen Verwaltung. Der öffentliche Dienst muß den Bürgern tatsächlich dienen: Wir werden daher nicht zögern, Effizienz-, Wettbewerbs- und Leistungsdenken einzuführen.

Die sozialen Sicherungssysteme müssen sich den Veränderungen in der Lebenserwartung, der Familienstruktur und der Rolle der Frauen anpassen. Sozialdemokraten müssen Wege finden, die immer drängenderen Probleme von Kriminalität, sozialem Zerfall und Drogenmißbrauch zu bekämpfen. Wir müssen uns an die Spitze stellen, wenn es darum geht, eine Gesellschaft mit gleichen Rechten und Chancen für Frauen und Männer zu schaffen. Armut, insbesondere unter Familien mit Kindern, bleibt ein zentrales Problem. Wir brauchen gezielte Maßnahmen für die, die am meisten von Marginalisierung und sozialer Ausgrenzung bedroht sind.

Die Kriminalität ist ein zentrales politisches Thema für die moderne Sozialdemokraten: So verstehen wir Sicherheit auf den Straßen als ein Bürgerrecht.

Und: Eine Politik für lebenswerte Städte fördert Gemeinsinn, schafft Arbeit und macht die Wohnviertel sicherer.

All dies erfordert auch einen modernen Ansatz des Regierens.

Der Staat soll nicht rudern, sondern steuern, weniger kontrollieren als herausfordern. Problemlösungen müssen vernetzt werden.

Innerhalb des öffentlichen Sektors muß es darum gehen, Bürokratie auf allen Ebenen abzubauen, Leistungsziele zu formulieren, die Qualität öffentlicher Dienste rigoros zu überwachen und schlechte Leistungen auszumerzen.

Moderne Sozialdemokraten lösen Probleme, wo sie sich am besten lösen lassen. Einige Probleme lassen sich jetzt nur noch auf europäischer Ebene lösen. Andere, wie die jüngsten Finanzkrisen, erfordern eine stärkere internationale Zusammenarbeit. Im Grundsatz sollte jedoch gelten, daß Machtbefugnisse an die niedrigstmögliche Ebene delegiert werden.

Wenn die neue Politik gelingen soll, muß sie eine Aufbruchstimmung und einen neuen Unternehmergeist auf allen Ebenen der Gesellschaft fördern. Dies erfordert: kompetente und gut ausgebildete Arbeitnehmer, die willens und bereit sind, neue Verantwortung zu übernehmen.

Ein Sozialsystem, das Initiative und Kreativität fördert und neue Spielräume öffnet; Ein positives Klima für unternehmerische Selbständigkeit und Initiative. Kleine Unternehmen müssen leichter zu gründen sein und überlebensfähiger werden;

Wir wollen eine Gesellschaft, die erfolgreiche Unternehmer ebenso positiv bestätigt wie erfolgreiche Künstler und Fußballspieler und die Kreativität in allen Lebensbereichen zu schätzen weiß.

Unsere Staaten haben unterschiedliche Traditionen im Umgang zwischen Staat, Industrie, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Gruppen, aber wir alle teilen die Überzeugung, daß die traditionellen Konflikte am Arbeitsplatz überwunden werden müssen.

Dazu gehört vor allem, die Bereitschaft und die Fähigkeit der Gesellschaft zum Dialog und zum Konsens wieder neu zu gewinnen und zu stärken. Wir wollen allen Gruppen ein Angebot unterbreiten, sich in die gemeinsame Verantwortung für das Gemeinwohl einzubringen.

In Deutschland hat die neue sozialdemokratische Regierung deshalb sofort nach Amtsantritt Spitzenvertreter von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften zu einem Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit um einen Tisch versammelt.

Wir möchten wirkliche Partnerschaft bei der Arbeit, indem die Beschäftigten die Chance erhalten, die Früchte des Erfolgs mit den Unternehmern zu teilen.

Wir wollen, daß die Gewerkschaften in der Modernen Welt verankert bleiben. Wir wollen, daß sie den einzelnen gegen Willkür schützen und in Kooperation mit den Arbeitgebern den Wandel gestalten und dauerhaften Wohlstand schaffen helfen.

In Europa streben wir - unter dem Dach eines Europäischen Beschäftigungspaktes - einen fortlaufenden Dialog mit den Sozialpartnern an. Das befördert den notwendigen ökonomischen Wandel.

III.

Eine neue angebotsorientierte Agenda für die Linke

Europa sieht sich der Aufgabe gegenüber, den Herausforderungen der Weltwirtschaft zu begegnen und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt angesichts tatsächlicher oder subjektiv empfundener Ungewißheit zu wahren. Eine Zunahme der Beschäftigung und der Beschäftigungschancen ist die beste Garantie für eine in sich gefestigte Gesellschaft.

Die beiden vergangenen Jahrzehnte des neoliberalen Laisser-faire sind vorüber. An ihre Stelle darf jedoch keine Renaissance des "deficit spending" und massiver staatlicher Intervention im Stile der siebziger Jahre treten. Eine solche Politik führt heute in die falsche Richtung.

Unsere Volkswirtschaften und die globalen Wirtschaftsbeziehungen haben einen radikalen Wandel erfahren. Neue Bedingungen und neue Realitäten erfordern eine Neubewertung alter Vorstellungen und die Entwicklung neuer Konzepte. In einem großen Teil Europas ist die Arbeitslosigkeit viel zu hoch, und ein großer Teil dieser Arbeitslosigkeit ist strukturell bedingt. Um dieser Herausforderung begegnen zu können, müssen die europäischen Sozialdemokraten gemeinsam eine neue angebotsorientierte Agenda für die Linke formulieren und umsetzen.

Wir wollen den Sozialstaat modernisieren, nicht abschaffen. Wir wollen neue Wege der Solidarität und der Verantwortung für andere beschreiten, ohne die Motive für wirtschaftliche Aktivitäten auf puren Eigennutz zu gründen.

Die wichtigsten Elemente dieses Ansatzes sind die folgenden:

Ein robuster und wettbewerbsfähiger marktwirtschaftlicher Rahmen

Wettbewerb auf den Produktmärkten und offener Handel sind von wesentlicher Bedeutung für die Stimulierung von Produktivität und Wachstum. Aus diesem Grund sind Rahmenbedingungen, unter denen ein einwandfreies Spiel der Marktkräfte möglich ist, entscheidend für wirtschaftlichen Erfolg und eine Vorbedingung für eine erfolgreichere Beschäftigungspolitik.

Die EU sollte auch weiterhin als entscheidende Kraft für die Liberalisierung des Welthandels eintreten.

Die EU sollte auf den Errungenschaften des Binnenmarktes aufbauen, um wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu stärken, die das Produktivitätswachstum fördern.

Eine auf die Förderung nachhaltigen Wachstums ausgerichtete Steuerpolitik

In der Vergangenheit wurden Sozialdemokraten mit hohen Steuern, insbesondere Unternehmenssteuern, identifiziert. Moderne Sozialdemokraten erkennen an, daß Steuerreformen und Steuersenkungen unter den richtigen Umständen wesentlich dazu beitragen können, ihre übergeordneten gesellschaftlichen Ziele zu verwirklichen.

So stärken Körperschaftssteuersenkungen die Rentabilität und schaffen Investitionsanreize. Höhere Investitionen wiederum erweitern die Wirtschaftstätigkeit und verstärken das Produktivpotential. Dies trägt zu einem positiven Dominoeffekt bei, durch den Wachstum die Ressourcen vermehrt, die für öffentliche Ausgaben für soziale Zwecke zur Verfügung stehen.

Die Unternehmensbesteuerung sollte vereinfacht, und die Körperschaftsteuersätze sollten gesenkt werden, wie dies New Labour im Vereinigten Königreich getan hat und wie es die Bundesregierung plant.

Um sicherzustellen, daß Arbeit sich lohnt, und um die Fairness des Steuersystems zu stärken, sollten Familien und Arbeitnehmer entlastet werden, wie dies in Deutschland (mit dem Steuerentlastungsgesetz) begonnen wurde - und mit der Einführung niedrigerer Einkangssteuersätze und dem Steuerkredit für arbeitende Familien in Großbritannien.

Investitionsneigung und Investitionskraft der Unternehmen - insbesondere des Mittelstandes - sollten gestärkt werden, wie dies die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung in Deutschland mit der Unternehmenssteuerreform beabsichtigt, und wie es die Reform der Kapitaleinkünfte und der Unternehmenssteuern in Großbritannien zeigt.

Die Steuerbelastung von harter Arbeit und Unternehmertum sollte reduziert werden. Die Steuerbelastung insgesamt sollte neu ausbalanciert werden, zum Beispiel zu Lasten des Umweltverbrauchs. Deutschland, Großbritannien und andere sozialdemokratisch regierte Länder Europas gehen auf diesem Weg voran.

Auf EU-Ebene sollte die Steuerpolitik energische Maßnahmen zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs und der Steuerflucht unterstützen. Dies erfordert bessere Zusammenarbeit, nicht Uniformität. Wir werden keine Maßnahmen unterstützen, die zu einer höheren Steuerlast führen und die Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in der EU gefährden.

Angebots- und Nachfragepolitik gehören zusammen und sind keine Alternativen

In der Vergangenheit haben Sozialdemokraten oft den Eindruck erweckt, Wachstum und eine hohe Beschäftigungsquote ließen sich durch eine erfolgreiche Steuerung der Nachfrage allein erreichen. Moderne Sozialdemokraten erkennen an, daß eine angebotsorientierte Politik eine zentrale und komplementäre Rolle zu spielen hat.

In der heutigen Welt haben die meisten wirtschaftspolitischen Entscheidungen Auswirkungen sowohl auf Angebot als auch auf Nachfrage.

Erfolgreiche Programme, die von der Sozialhilfe in die Beschäftigung führen, steigern das Einkommen der zuvor Beschäftigungslosen und verbessern das den Arbeitgebern zur Verfügung stehende Arbeitskräfteangebot.

Moderne Wirtschaftspolitik strebt an, die Nettoeinkommen der Beschäftigten zu erhöhen und zugleich die Kosten der Arbeit für die Arbeitgeber zu senken. Deshalb hat die Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten durch strukturelle Reformen der sozialen Sicherungssysteme und eine zukunftsorientierte, beschäftigungsfreundliche Steuer- und Abgabenstruktur besondere Bedeutung.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den Scheinwiderspruch von Angebots- und Nachfragepolitik zugunsten eines fruchtbaren Miteinanders von mikroökonomischer Flexibilität und makroökonomischer Stabilität zu überwinden. Um in der heutigen Welt ein größeres Wachstum und mehr Arbeitsplätze zu erreichen, müssen Volkswirtschaften anpassungsfähig sein: Flexible Märkte sind ein modernes sozialdemokratisches Ziel.

Makroökonomische Politik verfolgt noch immer einen wesentlichen Zweck: Sie will den Rahmen für stabiles Wachstum schaffen und extreme Konjunkturschwankungen vermeiden. Sozialdemokraten müssen aber erkennen, daß die Schaffung der richtigen makroökonomischen Bedingungen nicht ausreicht, um Wachstum zu stimulieren und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Veränderungen der Zinssätze oder der Steuerpolitik führen nicht zu verstärkter Investitionstätigkeit und zu mehr Beschäftigung, wenn nicht gleichzeitig die Angebotsseite der Wirtschaft anpassungsfähig genug ist, um zu reagieren. Um die europäische Wirtschaft dynamischer zu gestalten, müssen wir sie auch flexibler machen.

Unternehmen müssen genügend Spielraum haben, um sich die verbesserten Wirtschaftsbedingungen zunutze zu machen und neue Chancen zu ergreifen: Sie dürfen nicht durch Regulierungen und Paragraphen erstickt werden.

Die Produkt-, Kapital- und Arbeitsmärkte müssen allesamt flexibel sein: Wir dürfen nicht Rigidität in einem Teil des Wirtschaftssystems mit Offenheit und Dynamik in einem anderen verbinden.

Anpassungsfähigkeit und Flexibilität stehen in der wissensgestützten Dienstleistungsgesellschaft in Zukunft immer höher im Kurs

Unsere Volkswirtschaften befinden sich im Übergang von der industriellen Produktion zur wissensorientierten Dienstleistungsgesellschaft der Zukunft. Sozialdemokraten müssen die Chance ergreifen, die dieser wirtschaftlicher Umbruch mit sich bringt. Sie bietet Europa die Gelegenheit, zu den Vereinigten Staaten aufzuschließen. Sie eröffnet Millionen Menschen die Chance, neue Arbeitsplätze zu finden, neue Fähigkeiten zu erlernen, neue Berufe zu ergreifen, neue Unternehmen zu gründen und zu erweitern - kurzum, ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu verwirklichen.

Sozialdemokraten müssen aber auch anerkennen, daß sich die Grundvoraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg verändert haben. Dienstleistungen kann man nicht auf Lager halten: Der Kunde

nutzt sie, wie und wann er sie braucht - zu unterschiedlichen Tageszeiten, auch außerhalb der heute als üblich geltenden Arbeitszeit. Das rasche Vordringen des Informationszeitalters, insbesondere das enorme Potential des elektronischen Handels, verspricht, die Art, wie wir einkaufen, lernen, miteinander kommunizieren und uns entspannen, radikal zu verändern. Rigidität und Überregulierung sind ein Bremsklotz für die wissensorientierte Dienstleistungsgesellschaft der Zukunft. Sie ersticken das Innovationspotential, das zur Schaffung neuen Wachstums und neuer Arbeitsplätze erforderlich ist. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Flexibilität. Ein aktiver Staat in einer neuverstandenen Rolle hat einen zentralen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung zu leisten

Moderne Sozialdemokraten sind keine Laisser-faire-Neoliberalen. Flexible Märkte müssen mit einer neu definierten Rolle für einen aktiven Staat kombiniert werden. Erste Priorität muß die Investition in menschliches und soziales Kapital sein.

Wenn auf Dauer ein hoher Beschäftigungsstand erreicht werden soll, müssen Arbeitnehmer auf sich verändernde Anforderungen reagieren. Unsere Volkswirtschaften leiden an einer erheblichen Diskrepanz zwischen offenen Stellen, die nicht besetzt werden können (z.B. im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie), und (dem Mangel an) angemessen qualifizierten Bewerbern.

Dies bedeutet, daß Bildung keine "einmalige" Chance sein darf: Zugang und Nutzung zu Bildungsmöglichkeiten und lebenslanges Lernen stellen die wichtigste Form der Sicherheit in der modernen Welt dar. Die Regierungen sind deshalb dafür verantwortlich, einen Rahmen zu schaffen, der es den einzelnen ermöglicht, ihre Qualifikationen zu steigern und ihre Fähigkeiten auszuschöpfen. Dies muß heute für Sozialdemokraten höchste Priorität haben.

Die Ausbildungsqualität auf allen Ebenen der schulischen Bildung und für jede Art von Begabung muß gesteigert werden: Wo Probleme bei Lesen, Schreiben und Rechnen bestehen, müssen diese behoben werden, da wir ansonsten Menschen zu einem Leben mit niedrigem Einkommen, Unsicherheit und Arbeitslosigkeit verurteilen.

Wir wollen, daß jeder Jugendliche die Chance erhält, sich über eine qualifizierte Berufsausbildung den Weg in die Arbeitswelt zu bahnen. Im Dialog mit den Arbeitgebern, den Gewerkschaften und anderen müssen wir sicherstellen, daß Bildungschancen und eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung gestellt und die Bedürfnisse der lokalen Arbeitsmärkte gedeckt werden.

In Deutschland unterstützt die Politik dieses Vorhaben mit einem Sofortprogramm für Arbeit und Ausbildung, das 100.000 Jugendlichen einen neuen Job, eine Lehrstelle oder eine Qualifizierung vermittelt. In Großbritannien hat das "welfare to work"-Programm es bereits 95.000 Jugendlichen ermöglicht, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu finden.

Wir müssen die nachschulische Ausbildung reformieren und ihre Qualität heben und gleichzeitig Bildungs- und Ausbildungsprogramme modernisieren, um Anpassungs- und Beschäftigungsfähigkeit im späteren Leben zu fördern. Dem Staat kommt die besondere Aufgabe zu, Anreize zur Bildung von Sparkapital zu setzen, um die Kosten des lebenslangen Lernens bestreiten zu können. Auch soll ein breiterer Bildungszugang durch die Förderung des Fernunterrichts geschaffen werden.

Wir sollten sicherstellen, daß die Ausbildung eine wesentliche Rolle in unseren aktiven Arbeitsmarktpolitiken für Arbeitslose und die von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalte spielt.

Eine moderne und effiziente öffentliche Infrastruktur einschließlich einer starken Wissenschaftsbasis ist ein wesentliches Merkmal einer dynamischen arbeitsplätze-schaffenden Wirtschaft. Es ist wichtig sicherzustellen, daß sich die öffentlichen Ausgaben in ihrer Zusammensetzung auf diejenigen Tätigkeiten konzentrieren, die dem Wachstum und der Förderung des notwendigen Strukturwandels am besten dienen.

Moderne Sozialdemokraten müssen die Anwälte des Mittelstands sein

Der Aufbau eines prosperierenden Mittelstands muß eine wichtige Priorität für moderne Sozialdemokraten sein. Hier liegt das größte Potential für neues Wachstum und neue Arbeitsplätze in der wissenschaftsgestützten Gesellschaft der Zukunft.

Menschen unterschiedlichster Herkunft wollen sich selbständig machen: Seit langem etablierte und neue Unternehmer, Anwälte, Computerexperten, Ärzte, Handwerker, Unternehmensberater, Kulturschaffende und Sportler. Ihnen muß man den Spielraum lassen, wirtschaftliche Initiative zu entwickeln und neue Geschäftsideen zu kreieren. Sie müssen zur Risikobereitschaft ermutigt werden. Gleichzeitig muß man ihre Belastungen verringern. Ihre Märkte und ihr Ehrgeiz dürfen nicht durch Grenzen behindert werden.

Europas Kapitalmärkte sollten geöffnet werden, damit Unternehmen und Unternehmer leichten Zugang zu Finanzierungsquellen erhalten. Wir wollen gemeinsam daran arbeiten, sicherzustellen daß High-Tech-Firmen im Wachstum denselben Zugang zu den Kapitalmärkten erhalten wie ihre Konkurrenten.

Wir sollten es dem einzelnen leicht machen, Unternehmen zu gründen, und neuen Firmengründungen sollten wir Wege bahnen, indem wir Kleinunternehmen von administrativen Belastungen befreien und ihren Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten erweitern. Wir sollten es Kleinunternehmen im besonderen erleichtern, neues Personal einzustellen: Dies bedeutet, die Regulierungslast zu verringern und die Lohnnebenkosten zu senken.

Die Verbindungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sollten gestärkt werden, um mehr unternehmerische Nebeneffekte ("spin offs") aus der Forschung und die Förderung der Konzentration ("clusters") neuer High-Tech-Industrien zu gewährleisten.

Gesunde öffentliche Finanzen sollten zum Gegenstand des Stolzes für Sozialdemokraten werden

In der Vergangenheit wurde sozialdemokratische Politik allzu oft assoziiert mit der Einstellung, daß der beste Weg zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum die Ausdehnung der öffentlichen Verschuldung zum Zweck höherer öffentlicher Ausgaben sei. Für uns ist öffentliche Verschuldung nicht generell abzulehnen - während eines zyklischen Abschwungs kann es Sinn machen, die automatischen Stabilisatoren arbeiten zu lassen. Und Verschuldung mit dem Ziel höherer öffentlicher Investitionen, in strikter Beachtung der "goldenen Regel", kann eine wichtige Rolle in der Stärkung der Angebotsseite der Ökonomie spielen.

Aber "Defizit Spending" kann nicht genutzt werden, um strukturelle Schwächen in der Ökonomie zu beseitigen, die schnelleres Wachstum und höhere Beschäftigung verhindern. Sozialdemokraten dürfen deshalb exzessive Staatsverschuldung nicht tolerieren. Wachsende Verschuldung stellt eine unfaire Belastung kommender Generationen dar. Sie kann unwillkommene Verteilungseffekte haben. Und schließlich ist Geld, das zum Schuldendienst eingesetzt werden muß, nicht mehr für andere Prioritäten verfügbar, einschließlich höherer Investitionen in Bildung, Ausbildung und Infrastruktur.

IV.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik für die Linke

Der Staat muß die Beschäftigung aktiv fördern und nicht nur passiver Versorger der Opfer wirtschaftlichen Versagens sein.

Menschen, die nie gearbeitet haben oder schon lange arbeitslos sind, verlieren die Fertigkeiten, die sie brauchen, um auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren zu können. Langzeitarbeitslosigkeit beeinträchtigt die persönlichen Lebenschancen auch in anderer Weise und macht die uneingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe schwieriger.

Ein Sozialversicherungssystem, das die Fähigkeit, Arbeit zu finden, behindert, muß reformiert werden. Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln.

Für unsere Gesellschaften besteht der Imperativ der sozialen Gerechtigkeit aus mehr als der Verteilung von Geld. Unser Ziel ist eine Ausweitung der Chancengleichheit, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Alter oder Behinderung - um sozialen Ausschluß zu bekämpfen und die Gleichheit zwischen Mann und Frau sicherzustellen.

Die Menschen verlangen zu Recht nach hochwertigen Dienstleistungen und Solidarität für alle, die Hilfe brauchen - aber auch nach Fairneß gegenüber denen, die das bezahlen. Alle sozialpolitischen Instrumente müssen Lebenschancen verbessern, Selbsthilfe anregen, Eigenverantwortung fördern.

Mit diesem Ziel wird in Deutschland das Gesundheitssystem ebenso wie das System der Alterssicherung umfassend modernisiert, indem beide auf die Veränderungen in der Lebenserwartung und die sich verändernden Erwerbsbiographien eingestellt werden, ohne den Grundsatz der Solidarität dabei preiszugeben. Derselbe Gedanke stand im Hintergrund bei der Einführung der "Stakeholder Pensions" und der Reform der Erwerbsunfähigkeitszahlungen in Großbritannien.

Zeiten der Arbeitslosigkeit müssen in einer Wirtschaft, in der es den lebenslangen Arbeitsplatz nicht mehr gibt, eine Chance für Qualifizierung und persönliche Weiterbildung sein. Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit, denn sie erleichtern den Übergang von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung. Eine neue Politik mit dem Ziel, arbeitslosen Menschen Arbeitsplätze und Ausbildung anzubieten, ist eine sozialdemokratische Priorität - wir erwarten aber auch, daß jeder die ihm gebotenen Chancen annimmt.

Es reicht aber nicht, die Menschen mit den Fähigkeiten und Kenntnissen auszurüsten, die sie brauchen, um erwerbstätig zu werden. Das System der Steuern und Sozialleistungen muß sicherstellen, daß es im Interesse der Menschen liegt, zu arbeiten. Ein gestrafftes und modernisiertes Steuer- und Sozialleistungssystem ist eine wesentliche Komponente der aktiven, angebotsorientierten Arbeitsmarktpolitik der Linken. Wir müssen:

dafür sorgen, daß sich Arbeit für den einzelnen und die Familie lohnt. Der größte Teil des Einkommens muß in den Taschen derer verbleiben, die dafür gearbeitet haben;

Arbeitgeber durch den gezielten Einsatz von Subventionen für geringfügige Beschäftigung und die Verringerung der Steuer- und Sozialabgabenlast auf geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ermutigen, "Einstiegsjobs" in den Arbeitsmarkt anzubieten. Wir müssen ausloten, wieviel Spielraum es gibt, die Belastung durch Lohnnebenkosten mit Hilfe von Umweltsteuern zu senken;

gezielte Programme für Langzeitarbeitslose und andere Benachteiligte auflegen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich unter Beachtung des Grundsatzes, daß Rechte gleichzeitig auch Pflichten bedingen, wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren;

alle Leistungsempfänger, darunter auch Menschen im arbeitsfähigen Alter, die Erwerbsunfähigkeitsleistungen beziehen, auf ihre Fähigkeit überprüfen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und die staatlichen Stellen so reformieren, daß sie Arbeitsfähige dabei unterstützen, eine geeignete Beschäftigung zu finden.

Unternehmergeist und Geschäftsgründungen als gangbaren Weg aus der Arbeitslosigkeit unterstützen. Solche Entscheidungen bringen erhebliche Risiken für diejenigen mit sich, die einen solchen Schritt wagen. Wir müssen diese Menschen unterstützen, indem wir diese Risiken kalkulierbar machen.

Die neue angebotsorientierte Agenda der Linken wird den Strukturwandel beschleunigen. Sie wird es aber auch leichter machen, mit ihm zu leben und ihn zu gestalten.

Anpassung an den Wandel ist nie einfach, und der Wandel scheint sich schneller zu vollziehen als je zuvor, nicht zuletzt aufgrund der Auswirkungen neuer Technologien. Der Wandel vernichtet unweigerlich Arbeitsplätze, aber er schafft auch neue.

Zwischen dem Verlust von Arbeitsplätzen in einem Sektor und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen anderswo können jedoch zeitliche Lücken entstehen. Was immer der langfristige Nutzen für Volkswirtschaften und Lebensstandard sein mag, in einigen Wirtschaftszweigen und bei einigen Gruppen werden sich die Kosten vor dem Nutzen einstellen. Daher müssen wir unsere Bemühungen darauf konzentrieren, Probleme des Übergangs abzufedern. Die unerwünschten Auswirkungen des Wandels werden um so stärker ausfallen, je länger man sich diesem Wandel widersetzt, aber es wäre Wunschdenken, sie leugnen zu wollen.

Je reibungsloser der Arbeitsmarkt und die Produktmärkte funktionieren, desto leichter wird die Anpassung gelingen. Beschäftigungshindernisse in Sektoren mit relativ niedriger Produktivität müssen verringert werden, wenn Arbeitnehmer, die von den mit jedem Strukturwandel einhergehenden Produktivitätszuwächsen verdrängt wurden, anderswo Arbeit finden sollen. Der Arbeitsmarkt braucht einen Sektor mit niedrigen Löhnen, um gering Qualifizierten Arbeitsplätze verfügbar zu machen.

Die öffentliche Hand kann durch die gezielte Entlastung niedriger Einkommen von Sozialabgaben neue Erwerbschancen schaffen und so gleichzeitig Unterstützungsleistungen für Arbeitslose sparen. Reformierte Arbeitsmarktpolitiken müssen verdrängte Arbeitnehmer durch Umschulung, die gezielte Rückführung aus der sozialen Abhängigkeit in Erwerbstätigkeit sowie Maßnahmen, durch die sich Arbeit wieder lohnen soll, an diese neuen Beschäftigungsmöglichkeiten heranführen.

V.

"Politisches Benchmarking" in Europa

Die Herausforderung besteht in der Formulierung und Umsetzung einer neuen sozialdemokratischen Politik in Europa. Wir reden nicht einem einheitlichen europäischen Modell das Wort, geschweige denn der Umwandlung der Europäischen Union in einen "Superstaat". Wir sind für Europa und für Reformen in Europa.

Die Menschen unterstützen weitere Integrationsschritte, wenn damit ein wirklicher "Mehrwert" einhergeht und sie klar begründet werden können, wie der Kampf gegen Kriminalität und Umweltzerstörung sowie die Förderung gemeinsamer Ziele in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Aber gleichzeitig bedarf Europa dringend der Reformen - effizientere und transparentere Institutionen, eine Reform veralteter Politiken und die energische Bekämpfung von Verschwendung und Betrug.

Wir stellen unsere Ideen als einen Entwurf vor, nicht als abgeschlossenes Programm. Die Politik der Neuen Mitte und des Dritten Weges ist bereits Realität, in vielen Kommunen, in reformierten nationalen Politiken, in der europäischen Kooperation und in neuen internationalen Initiativen.

Deshalb haben die deutsche und die britische Regierung beschlossen, den bestehenden Meinungsaustausch über die Entwicklung von Politik in einen umfassenderen Ansatz einzubetten. Wir schlagen vor, dies auf dreierlei Weise zu tun:

es soll eine Reihe von Ministerbegegnungen geben, begleitet von häufigen Kontakten ihrer engsten Mitarbeiter.

Zweitens werden wir die Diskussion mit den politischen Führungspersonlichkeiten anderer europäischer Staaten suchen, die mit uns - in ihrem jeweiligen innerstaatlichen Kontext - die Sozialdemokratie modernisieren wollen. Damit beginnen wir jetzt.

Drittens werden wir ein Netzwerk von Fachleuten, Vor-Denkern, politischen Foren und Diskussionsrunden einrichten. So vertiefen wir das Konzept der Neuen Mitte und des Dritten Weges und entwickeln es ständig weiter. Das hat für uns Priorität.

Ziel dieser Erklärung ist es, einen Anstoß zur Modernisierung zu geben. Wir laden alle Sozialdemokraten in Europa dazu ein, diese historische Chance zur Erneuerung nicht verstreichen zu lassen. Die Vielfalt unserer Ideen ist unser größtes Kapital für die Zukunft. Unsere Gesellschaften erwarten, daß wir unsere vielfältigen Erfahrungen zu einem neuen Konzept bündeln.

Laßt uns zusammen am Erfolg der Sozialdemokratie für das neue Jahrhundert bauen. Laßt die Politik des Dritten Weges und der Neuen Mitte Europas neue Hoffnung sein.